

FWG: Ergebnisse der Gemeinderatssitzung Sankt Katharinen am 30.07.2009

Im Vordergrund des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung standen 2 Anträge der Fraktionen von CDU und FWG sowie ein Vorhaben bezogener Bebauungsplan.

Bei diesem Bebauungsplan ging es um den Antrag eines auswärtigen Unternehmens, auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche (zwischen Notscheid und Homscheid) eine Sondernutzung zuzulassen, um dort eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 1 Megawatt zu installieren. Dazu erfolgte eine intensive Diskussion, wobei alle Fraktionen den Antrag grundsätzlich positiv bewerteten, weil damit ein Beitrag geleistet wird, mehr erneuerbare Energie bereitzustellen. Fragen richteten sich auf das Ausmaß der Anlage (Ausrichtung der Module, Höhe, Ausgleichsflächen usw.). Von Seiten der FWG haben wir nachgefragt, ob diese Anlage zu Einnahmen für die Gemeinde führt, was noch durch die Verwaltung zu klären ist. Unsere Anregung, für einen eventuellen späteren Ausbau des jetzigen Weges zwischen Lorscheid und Notscheid Vorsorge zu treffen, dass eine Verbreiterung um ca. 5 - 6 m möglich bleibt, wurde aufgegriffen und soll im noch abzuschließenden Durchführungsvertrag mit dem Unternehmen berücksichtigt werden. Parallel zu diesem Bebauungsplan soll durch die Gemeinde ein Antrag auf Änderung des geltenden Flächennutzungsplans gestellt werden. Alle Entscheidungen zur Einleitung der erforderlichen Verfahrensschritte konnten einstimmig auf den Weg gebracht werden, abschließende Entscheidungen muss der Rat in späteren Sitzungen treffen.

Von Seiten der CDU wurde beantragt, die Hauptsatzung der Gemeinde dahingehend zu ändern, dass die Möglichkeit ausgeschöpft wird, künftig 3 (statt bislang 2) Beigeordnete zu wählen, die den Ortsbürgermeister bei der Gemeindeleitung unterstützen. Die CDU begründete ihren Antrag damit, dass mit der Anhebung der Anzahl der Beigeordneten das politische Kräfteverhältnis im Gemeinderat nach der Kommunalwahl am 7. Juni 2009 in der Besetzung der Gemeindeverwaltung berücksichtigt werden kann. Bei dieser Wahl hatte die CDU bekanntlich 2 Ratssitze an die FWG verloren. Die SPD begrüßte zwar grundsätzlich die vorgesehene Anhebung auf 3 Beigeordnete, hätte sich aber eine Beteiligung aller 3 im Gemeinderat vertretenden Fraktionen auf der Ebene der Beigeordneten gewünscht. Durch die bereits in der konstituierenden Sitzung erfolgte Wahl von CDU-Vertretern als den beiden ersten Beigeordneten sei dies jetzt aber nicht mehr möglich.

Die FWG unterstützte diese Haltung der SPD und verwies auf ihre Erklärung in der ersten Gemeinderatssitzung, wo sie sich ausdrücklich dafür ausgesprochen hatte, dass jede Fraktion einen Beigeordneten stellen solle, wie dies in anderen Gemeinden, so etwa in Vettelschoß, guter Brauch sei. Dies sei aber leider von der CDU-Ratsmehrheit blockiert worden. Dennoch sehe die FWG in der Erweiterung auf 3 Beigeordnete - wobei sie als weiteren Beigeordneten bereits Herrn Karl-Heinz Simons vorgeschlagen habe - ein wichtiges Signal für eine konstruktive Zusammenarbeit. Mit Zustimmung von CDU und FWG bei Enthaltung der SPD wurde der Antrag angenommen.

Von Seiten der FWG wurde der Antrag gestellt, einen weiteren Ausschuss des Gemeinderates einzurichten, der sich der Förderung der Kultur, Jugend- und Seniorenarbeit widmen soll. Dies steht vor allem im Zusammenhang damit, dass sich der demographische Wandel auch in unserer Gemeinde in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer stärker bemerkbar machen wird. Dies führt auch zu einem stärkeren „Wettbewerb“ zwischen den

Gemeinden, die ihr Profil schärfen müssen, um sowohl weiter für junge Familien mit Kindern anziehend zu bleiben als auch den älteren Mitbürgern ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld zu bieten. Der Förderung kultureller Belange kommt deshalb eine steigende Bedeutung zu. Insgesamt handelt es sich um Zukunftsthemen, welche die künftige Lebensqualität in unserem Ort entscheidend mitprägen werden. Von Seiten der SPD wurde der Antrag begrüßt, sie selbst habe schon 1999 einen ähnlichen Vorstoß unternommen. Es stünden auch wichtige Aufgaben im Umfeld von Kindergarten und den Kinderspielplätzen an. Während sich FWG und SPD darin einig waren, dass dem Ausschuss insbesondere eine „Vermittlungsfunktion“ zukommen solle, sah die CDU darin vor allem eine „Bevormundung“ der vorhandenen Vereine und keinen Bedarf für diesen Ausschuss. Mit der Mehrheit der 11 Stimmen der CDU gegen zusammen 8 Stimmen von FWG und SPD lehnte der Rat diesen Antrag am Ende ab.

Aus Sicht der FWG eine verpasste Chance, von Seiten des Gemeinderates ein Signal zu setzen, wie wichtig ihm diese Arbeitsfelder sind und allen in der Gemeinde, den Vereinen und auch den nicht in Vereinen organisierten Bürgern, eine Ansprechmöglichkeit zu bieten.

FWG Presse